

Mehr Markt – und mehr Mut zur Wahrheit

Altstipendiaten-Kongress zur Sozialen Marktwirtschaft

Für viele Menschen in den neuen Bundesländern ist der Begriff Soziale Marktwirtschaft negativ besetzt“, so die Erfahrung von Rainer Nitsche, dem Sprecher der Altstipendiaten, der seit einigen Jahren in Magdeburg arbeitet. Die Marktwirtschaft werde nicht als Rezept zur Lösung der Arbeitsmarktp Probleme gesehen, sondern als deren Ursache. Offizielle Umfragen bestätigen ihn: Nur 25 % der Menschen im Osten erwarten von Demokratie und Marktwirtschaft die Lösung ihrer Probleme; allerdings: auch im Westen liegt dieser Anteil nur bei 50%. Auch im Westen trauten viel zu viele Menschen mehr den staatlichen Systemen als ihrer eigenen Leistungskraft, so die Sorge von Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel.

Damit werde die Grundlage der Marktwirtschaft unterhöhlt, die auch mit dem christlichen Menschenbild zusammenhänge, der Sicht, dass der Mensch für sich und für andere Verantwortung trage: „Jeder wird gebraucht; niemand soll verloren gehen.“ Wenn heute Probleme auftauchten, dann sei im Zweifel der Staat gefragt. „Hier brauchen wir wieder eine andere Reihenfolge“, so Vogel.

Vor diesem Hintergrund sei eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland angesagt, so die überwiegende Position beim Kongress der Altstipendiaten. Diese Erneuerung habe in den Unionsparteien selbst zu beginnen, forderte Friedrich Merz, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Weg hin zu einem Staat, in dem fast 50 % der erwirtschafteten Gelder durch öffentliche Kassen fließen, habe nämlich nicht erst 1998 begonnen, so Merz. Die Lage in Deutschland verlange allerdings gerade, dass die Union die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Erinnerung rufe. Wettbewerb sei kein Übel, dessen Ergebnisse sozial zu korrigieren seien, sondern die Voraussetzung für Wohlstand für alle. Natürlich brauche der Wettbewerb Ergänzungen beispielsweise durch ein System sozialer Sicherheit und durch staatliche Institutionen; man dürfe aber nicht die Reihenfolgeumdrehen.

Für Friedrich Merz folgert daraus insbesondere ein Umdenken am Arbeitsmarkt: „Wir müssen 50 Jahre nach Ludwig Erhard endlich den Mut besitzen, über den Arbeitsmarkt wirklich auch als Markt zu sprechen.“ Konkret heiße das: Der Flächentarifvertrag solle zwar erhalten bleiben, aber mit einer generellen Öffnungsklausel versehen werden, um den Betrieben abweichende Regelungen, die zwischen Unternehmen und Betriebsrat zustande kommen, zu ermöglichen. Dazu gehöre auch der Mut, den Konflikt mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden einzugehen, so der CDUPolitiker.

Umdenken sei aber auch in der Gesundheitspolitik angesagt; nicht mit weniger Wettbewerb, sondern nur mit mehr Wettbewerb seien die Probleme zu lösen: „Warum habe ich als Privatversicherter das Recht, einen Vertrag abzuschließen, der für den Fall, dass ich in einem Jahr keine Leistungen beanspruche, Beitragsrückzahlungen vorsieht, während 90 % der Menschen dieses Recht nicht haben?“ Das Argument, damit würden sich die Gesunden aus der Solidarität in der Krankenversicherung herausstehlen, lässt Merz nicht gelten. „Wer zwölf Monatsbeiträge zahlt, ohne Leistungen in Anspruch zu nehmen, der finanziert elf Monate lang solidarisch die Kranken und erhält einen Monat den Dank der Solidargemeinschaft.“ In Fragen wie diesen müssten die Unionsparteien wieder den Zeitgeist prägen, so Merz.

Jenoptik-Chef Lothar Späth ist allerdings skeptisch, ob die Notwendigkeit für Reformen von der Mehrheit der Deutschen heute bereits so gesehen wird. Vielerorts herrsche eine Vollkaskomentalität, die Risikobereitschaft sei nur mangelhaft ausgeprägt. Dennoch: nur mit dem Mut zur Offenheit und zur Wahrheit kann Deutschland wieder vorwärts kommen, meint Herbert Henzler, der mit Späth zusammen bereits einige Bücher zum Thema Reformen verfasst hat. Das gelte in erster Linie für das Thema Rentenversicherung: „Wenn wir uns als Gesellschaft entschieden haben, keine Kinder mehr zu bekommen, dann müssen wir eben die Quittung dafür bezahlen“, so Henzler. Ein Land, in dem immer weniger Arbeitnehmer immer mehr Rentner zu finanzieren hätten, habe nur drei Möglichkeiten: die Renten müssten gesenkt, die Beiträge erhöht und/oder die Lebensarbeitszeit erhöht werden; andere Lösungen gebe es nicht. Er erhoffe sich von Politikern den Mut solche Wahrheiten auch tatsächlich auszusprechen; das sei der Beginn für eine marktwirtschaftliche Erneuerung.

HANS-JOACHIM VIEWEGER

INFO

Geld mit gutem Gewissen anlegen – geht das?
Dieser Frage gehen die beiden Altstipendiaten
Marcus Mockler und Hans-Joachim Vieweger
in ihrem Buch „Kann denn Börse Sünde sein“
nach (erschienen im Brunnen-Verlag Basel).
Dabei beleuchten sie sowohl die sozial- als auch

die individuelle ethische Sicht der Geldanlage im allgemeinen und der Börse im speziellen; bei der Bewertung orientieren sie sich an christlichen Maßstäben. Durchaus kritisch werden die verschiedenen Ansätze von „ethischem Investment“ beleuchtet, die gerade in den Kirchen an Bedeutung gewonnen haben. Dazu kommt ein Serviceteil, der den Rheinischen Merkur zu folgendem Fazit veranlasste: „So viel Nutzwert wird einem selten geboten.“ Marcus Mockler ist Reporter bei der evangelischen Nachrichtenagentur idea, Hans-Joachim Vieweger arbeitet für den Bayerischen Rundfunk, unter anderem in der Börsenredaktion.